

**Rede
der Sprecherin für Arbeitspolitik**

Julia Retzlaff, MdL

zu TOP Nr. 43

Erste Beratung

**Geschlechtergerechtigkeit im Erwerbsleben und
Entgeltgleichheit herstellen, gleichberechtigte Teilhabe
für Frauen am Arbeitsmarkt stärken**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Drs. 19/11471

während der Plenarsitzung vom 11.09.2026
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Gender Pay Gap, Gender Pension Gap, Gender Employment Gap, Gender Lifetime Earnings Gap, Gender Care Gap, Digital Gender Gap - das klingt fast wie der Einstieg in einen Rap. Es könnte tatsächlich auch einer sein, denn wie ein guter Rap-Song benennt diese Aufzählung gesellschaftliche Missstände. Jeder dieser Gaps beschreibt eine Gerechtigkeitslücke im Leben vieler Frauen: strukturelle Benachteiligung bei Einkommen, bei Karrierechancen, bei der Verteilung von Sorgearbeit, beim Zugang zu Führungspositionen, beim Zugang zu digitalen Technologien und schließlich erhebliche Benachteiligung beim Lebenseinkommen und der Absicherung im Alter. Dabei sind Frauen und Männer auf dem niedersächsischen Arbeitsmarkt nahezu gleich stark vertreten. Doch das war es dann auch schon mit Gleichheit.

In Niedersachsen verdienen Frauen im Durchschnitt noch immer 16 Prozent weniger als Männer. Das entspricht 4,10 Euro pro Stunde. Frauen arbeiten deutlich häufiger in Teilzeit, häufiger in Minijobs und sind in Führungspositionen weiterhin unterrepräsentiert. Gleichzeitig leisten Frauen nach wie vor den überwiegenden Teil der unbezahlten Sorgearbeit. Diese Zahlen sind bekannt, aber sie sind nicht normal. Denn hinter diesen Zahlen stehen in der Regel keine individuellen Lebensentwürfe, sondern strukturelle Rahmenbedingungen, die seit Jahrzehnten wirken.

Meine Damen und Herren, Niedersachsen hat in den vergangenen Jahren wichtige Schritte auf den Weg gebracht, um die Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt voranzubringen und um Strukturen zu verändern. Wir stärken die Kinderbetreuung mit erheblichen zusätzlichen Landesmitteln. Bis 2031 stellt das Land insgesamt 1,75 Milliarden Euro bereit, um die steigenden Kosten im Kita-Bereich aufzufangen und für Verlässlichkeit in der Betreuung zu sorgen.

Wie wichtig das ist, zeigt eine aktuelle Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Der Ausbau der Kinderbetreuung führt zu höheren Einkommen von Müttern, ermöglicht mehr Vollzeitarbeit und verbessert die langfristigen Erwerbschancen. Mehr als die Hälfte des Rückgangs von Erwerbseinbußen nach der Geburt eines Kindes ist auf den Ausbau der Betreuungsangebote zurückzuführen.

Wir bringen die Novelle des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes auf den Weg. Damit stärken wir die Gleichstellungsbeauftragten als Interessenvertretung in den Dienststellen, sorgen für mehr Transparenz bei Stellenbesetzungen und fördern eine gleichberechtigte Beteiligung von Frauen in Führungspositionen und Gremien. Nicht das Geschlecht soll über den beruflichen Aufstieg entscheiden, sondern Qualifikation, Leistung und Potenzial.

Wir modernisieren das Tariftreue- und Vergabegesetz, weil faire Löhne, Tarifbindung und gute Arbeitsbedingungen immer auch Gleichstellungspolitik sind.

Tarifbindung nützt Frauen ganz besonders. Tarifverträge sorgen für Lohntransparenz, drängen Minijobs zurück und sorgen für mehr Lohn.

Das Land handelt in Landesinitiativen zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen und Gremien, etwa mit dem Women-on-Board-Index oder das Mentoringprogramm „HORIZONTE“ für Frauen in Spitzenpositionen in Polizei, Verwaltung und öffentlichen Institutionen.

Über die RIKA-Richtlinie werden über die mittler-weile 24 regionalen Koordinierungsstellen Frauen und Wirtschaft zahlreiche Projekte auf den Weg gebracht, die niedersachsenweit Frauen beim Wiedereinstieg in das Berufsleben, bei der Qualifizierung und Unternehmensgründung unterstützen. Das alles und viele weitere Initiativen bilden ein gutes Fun-dament, und darauf wollen wir weiter aufbauen.

Deshalb setzt unser Antrag an den strukturellen Ursachen an, und zwar an mehreren Stellen gleichzeitig:

Bei der Förderpolitik: Wir wollen, dass Gleichstellungskriterien fester Bestandteil der Förderlogik für die Vergabe von EU- und Landesmitteln sind.

Bei den Koordinierungsstellen und bei Unternehmensgründungen: Wir wollen die Koordinierungsstellen Frauen und Wirtschaft weiter ausbauen und weiterentwickeln und insbesondere den Zugang von Frauen zur Finanzierung bei Unternehmensgründungen verbessern.

Beim Land als Arbeitgeberin und als Vorbild: Bessere Rahmenbedingungen für eine faire Verteilung von Sorgearbeit, gestärkte Gleichstellungs- und Diversity-Kompetenz in Personalabteilungen und auf Führungsebenen, gezielte Unterstützung beim Wiedereinstieg nach der Elternzeit und bessere Weiterbildungsmöglichkeiten, gerade für in Teilzeit arbeitende Frauen.

Auch bei der Berufswahl: Wir wollen eine klischeefreie Berufsorientierung über die ganze Bildungskette verankern.

Noch immer beeinflussen stereotype Rollenmuster, welche Berufe Mädchen und Jungen ergreifen. Noch immer finden wir Frauen überdurchschnittlich häufig in schlechter bezahlten Berufen und Männer überdurchschnittlich häufig in technischen und besser vergüteten Bereichen. Das ist weder naturgegeben noch unveränderbar.

Und schließlich auch bei der Steuerpolitik: Wir bitten die Landesregierung, sich auf der Bundesebene für eine geschlechtergerechte Reform des Steuerrechts einzusetzen mit besonderem Blick auf die Situation von Alleinerziehenden, die von Fehlanreizen im heutigen System besonders betroffen sind.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Arbeitswelt verändert sich derzeit rasant durch künstliche Intelligenz. Diese Entwicklung bietet enorme Chancen, sie birgt aber auch erhebliche Risiken, denn künstliche Intelligenz ist nicht automatisch neutral. Wenn Frauen in Entwicklungsteams fehlen, bleiben ihre Perspektiven oft unberücksichtigt. Wenn Diskriminierungen der Vergangenheit in Daten enthalten sind, werden sie in digitalen Entscheidungen fortgeschrieben.

Und hier schließt sich der Kreis zu meinem Einstieg. Der Digital Gender Gap, den ich eingangs erwähnt habe, wirkt massiv. Frauen sind in der Informatik, in der KI-Entwicklung und in digitalen Zukunftsberufen nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Wenn ausgerechnet die Technologie, die künftig über Einstellungen, Beförderungen und Arbeitsorganisation mitentscheidet, überwiegend von Männern entwickelt wird, dann drohen alte Ungleichheiten nicht kleiner, sondern digital extrem verstärkt zu werden.

Deshalb schlagen wir vor, einen Zukunftsdialog geschlechtergerechte KI auf den Weg zu bringen und Wissenschaft, Wirtschaft, Sozialpartner und Gleichstellungsakteurinnen und -akteure zusammenzubringen. Wir wollen die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Auswirkungen von KI auf Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsthema in Forschung und Lehre gezielt fördern, damit wir algorithmische Diskriminierung erkennen, bevor sie sich verfestigt.

Meine Damen und Herren, wir erleben in vielen Branchen einen dramatischen Fachkräftemangel. Gleichzeitig verfügen wir über eines der größten ungenutzten Fachkräftepotenziale überhaupt: Frauen, deren berufliche Entwicklung durch strukturelle Hindernisse ausgebremst wird.

Geschlechtergerechtigkeit am Arbeitsmarkt ist eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit und für wirtschaftliche Stärke.

Um ehrlich zu sein: Der Fortschritt geht viel zu langsam.

Mich ärgert es jedes Jahr aufs Neue, wenn am Equal Pay Day der Gender Pay Gap des Vorjahres veröffentlicht wird. 1995 lag er bei 21 Prozent, 30 Jahre und viele politische Debatten später liegt er immer noch bei rund 16 Prozent. Das ist zwar ein Fortschritt, aber ein viel zu langsamer.

Bei der Erwerbstätigkeit von Frauen sehen wir eine deutlichere Bewegung. 1991 war gut jede zweite Frau im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig, heute sind es drei von vier. Und doch, bei Führungspositionen ist der Frauenanteil seit über zehn Jahren nahezu eingefroren. 2014 lag er bei 29 Prozent und heute, ein Jahrzehnt später, gerade mal bei 30,3 Prozent.

Diese drei Linien zusammen erzählen die eigentliche Geschichte: Wo Politik gezielt investiert hat, hat sich etwas bewegt. Wo wir es bei Appellen belassen haben, hat sich fast nichts bewegt.

Aber unser Ziel ist klar: Frauen sollen selbst entscheiden können, wie sie arbeiten und welchen beruflichen Weg sie gehen wollen, ohne dass alte Rollenbilder oder schlechte Rahmenbedingungen ihnen Grenzen setzen, und gleiche Arbeit muss auch endlich gleich bezahlt werden.

Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss.